

Antrag 67/I/2023**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****vertagt auf LPT II/2023 (Konsens)****Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten****1. Unsere Ausgangslage**

2 Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine
3 im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche, eu-
4 ropäische und internationale Außen- und Sicherheitspoli-
5 tik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbre-
6 chen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Mil-
7 lionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut
8 den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Mil-
9 lionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund
10 sechs Millionen Binnenvertriebene (jew. Stand 14.1.2023).
11 Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrai-
12 nische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es
13 gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und
14 NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unter-
15 stützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russ-
16 land völkerrechtlich für seinen imperialistischen Angriffs-
17 krieg zur Verantwortung zu ziehen.

18
19 Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforde-
20 rungen an Deutschland und seine Partner hat Bundes-
21 kanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" beti-
22 telt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Än-
23 derung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden.
24 Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrit-
25 tig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensi-
26 ver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie
27 in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft
28 nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern
29 auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen-
30 und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt
31 werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchte-
32 ten Menschen an Europas Außengrenzen. Auch Auslands-
33 einsätze wie zum Beispiel in Afghanistan oder Mali müs-
34 sen im Hinblick auf Zielsetzung, Folgen und Konsequen-
35 zen sowie die Qualität der nationalen und europäischen
36 Kapazitäten zur Landes- und Bündnisverteidigung analy-
37 siert werden.

38
39 Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplanken und Mög-
40 lichkeiten der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik
41 überprüfen und festlegen, wie sie sich in den nächsten
42 Jahren und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Prozess
43 muss durch einen umfassenden Diskussionsprozess in der
44 Partei begleitet werden. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur
45 notwendigen breiten Debatte um die zukünftige Ausrich-
46 tung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

47

48 **2. Unsere Säulen sozialdemokratischer Außen- und Si-**
49 **cherheitspolitik**

50 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie
51 ruht auf einem festen Fundament, wie es in der allgemei-
52 nen Erklärung der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
53 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen festgeschrie-
54 ben wurde. Willy Brandt hat das Ziel der weltweiten „Frei-
55 heit von Not und von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser
56 Anspruch.

57
58 Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch weltwei-
59 te Entwicklungen: durch wachsende soziale Ungleichhei-
60 ten - national und global -, humanitäre Krisen, die Rück-
61 kehr von Autokratien und Diktaturen. Sie ist ebenso be-
62 droht durch den systematischen Abbau bürgerlicher Frei-
63 heiten und die Untergrabung der Menschenrechte, durch
64 existenzielle Bedrohungen für diejenigen, die unabhängig
65 journalistisch arbeiten, und Einschränkungen in der Un-
66 abhängigkeit von Gerichten, Rechtsprechung und Wahl-
67 verfahren für Richterinnen und Richter. Grundlage einer
68 gedeihlichen Entwicklung sind offene Gesellschaften, die
69 ihren Mitgliedern den Kampf für ihre Rechte ermöglichen.
70 Ohne die Gleichheit der Rechte aller Menschen bleibt Frei-
71 heit von Not und Furcht nur Stückwerk.

72
73 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch bedroht durch
74 die fortschreitende Klimakrise, die Menschen ihre Exis-
75 tenzgrundlage nimmt und vielen Millionen weiteren zu
76 nehmen droht.

77
78 Unser Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik ist
79 breit, weil wir nicht auf eine kurzfristige sektoral begrenz-
80 te, sondern eine langfristige und werteorientierte Per-
81 spektive setzen, die ein friedliches, respektvolles Mitein-
82 ander ermöglichen: Es muss neben den u.U. lebensretten-
83 den Erfordernissen von Schutz und Verteidigung stets die
84 langfristige menschliche Sicherheit aller - insbesondere
85 von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen - mit-
86 denken, die Folgen für Energieverbrauch und fortschrei-
87 tenden Klimawandel, die Folgen für wirtschaftliche Be-
88 ziehungen und den Ausbau von sozialen und politischen
89 Menschenrechten gerade auch im globalen Süden.

90
91 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Russland
92 das internationale Völkerrecht gebrochen und die kollekti-
93 ve Sicherheitsordnung Europas nach der Schlussakte von
94 Helsinki 1975 verlassen. Spätestens seit 2014 ist deutlich,
95 dass die Verflechtung durch Wirtschaftsbeziehungen kei-
96 nen Frieden in Europa und auch anderswo garantiert.

97
98 Eine sozialdemokratische Friedens- und Sicherheitspolitik
99 erfordert also eine stetig entlang transparenter Kriterien
100 und Werte weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige

101 Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheitliche Herange-
102 hensweise, in die Sachstände, Bewertungen und strategi-
103 sche Vorausschau aus allen relevanten Ministerien konti-
104 nuierlich einfließen und auf allen Ebenen miteinander ab-
105 gestimmt werden (sog. Vernetzter Ansatz). Für sein Gelin-
106 gen muss die Bundesregierung die notwendigen institu-
107 tionellen Strukturen schaffen.

108

109 Wir sehen folgende Prüfsteine als wesentlich für ei-
110 ne langfristig erfolgreiche sozialdemokratische Friedens-
111 und Sicherheitspolitik an:

- 112 • Aus den historischen deutschen Erfahrungen des 20.
113 Jahrhunderts gespeiste bewährte Zurückhaltung im
114 Einsatz militärischer Mittel, eine Stärkung und Wei-
115 terentwicklung des Völkerrechts sowie eine langfris-
116 tige und vorausschauende Friedenssicherung.
- 117 • Enge und frühzeitige, kontinuierliche Abstimmung
118 mit den Bündnispartnern in EU und NATO unter
119 Einbeziehung der jeweiligen Interessen der Partner
120 sowie eine in Absprache mit den Partnern kom-
121 plementäre und arbeitsteilige Schwerpunktsetzung
122 der deutschen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnis-
123 verteidigung.
- 124 • Strategisch breit fundierte und jeden Einzelfall ab-
125 wägende Entscheidungsfindung. Offene Kommuni-
126 kation, gerade auch über das Lernen aus Fehlern und
127 Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur.
- 128 • Aufrechterhaltung von Gesprächskanälen auch mit
129 politischen Akteuren, die nicht entsprechend un-
130 serem Wertesystem oder sogar völkerrechtsverlet-
131 zend handeln, um zu jedem wünschenswerten Zeit-
132 punkt diplomatische Schritte gehen zu können, bei
133 gleichzeitiger maximaler Klarheit über den eigenen
134 politischen Standpunkt. Die Aufrechterhaltung von
135 Gesprächskanälen darf einer entschlossenen Politik
136 nicht im Wege stehen.
- 137 • Die zunehmende Verbreitung von Massenvernich-
138 tungswaffen verlangt weiterhin eine konsequente
139 Politik der effektiven Rüstungskontrolle mit dem
140 langfristigen Ziel der Rüstungsbegrenzung und der
141 Perspektive einer Abrüstung. Wir setzen uns weiter-
142 hin für eine internationale Ächtung des Einsatzes
143 von Atomwaffen ein und bekräftigen unser Ziel ei-
144 ner atomwaffenfreien und entmilitarisierten Welt.
145 Dies wird allerdings nur in einem internationalen
146 Kontext stattfinden können.
- 147 • Ein von der Bundesregierung umzusetzender Ver-
148 netzter Ansatz: Bei jedem Einsatz zur Friedenssiche-
149 rung werden von Beginn an alle einschlägigen Res-
150 ssorts beteiligt und auf Gegebenheiten und Perspek-
151 tiven vor Ort wird eingegangen. Die Entwicklung-
152 zusammenarbeit darf dabei neben sicherheitspoli-
153 tischer Planung keine untergeordnete Rolle einneh-

- 154 men.
- 155 • In der Entwicklungszusammenarbeit muss die qua-
- 156 litative Nachhaltigkeit der Erfolge zentral sein. Wir
- 157 wirken darauf hin, dass die Entwicklungszusam-
- 158 menarbeit Wirtschaften stärkt und Arbeitsmärk-
- 159 te aufbaut, die insbesondere Frauen, jungen Men-
- 160 schen und marginalisierten Gruppen langfristige
- 161 Perspektiven zum sozialen Aufstieg in ihren Hei-
- 162 matländern bieten. Die Verpflichtung, mindestens
- 163 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwick-
- 164 lungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereit-
- 165 zustellen, muss eingehalten werden.
- 166 • Zielorientierte Einpassung in die 17 globalen Nach-
- 167 haltigkeitsziele, welche die Generalversammlung
- 168 der Vereinten Nationen 2015 einmütig verabschie-
- 169 det hat: z.B. Armut und Hunger beenden (1, 2), inklu-
- 170 sive und gute Bildung für alle sichern (4), Geschlech-
- 171 tergerechtigkeit (5) sowie sauberes Wasser und saubere,
- 172 bezahlbare Energieverfügbarkeit (5,6) sichern.
- 173 • Verfolgung des Ziels des Pariser Klimaabkommens
- 174 - das heißt, die Begrenzung der Erderwärmung auf
- 175 deutlich unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5 Grad.

176

177 3. Internationale Organisationen stärken

178 Die Zeitenwende global zu verstehen, bedeutet auch, dass

179 wir seit Jahren bestehende Paradigmen der deutschen Po-

180 sitionierung im multilateralen Raum überdenken und ge-

181 mäß unserem Anspruch einer gerechten und kooperati-

182 ven Welt anpassen müssen. Hierfür benötigt es strategi-

183 sche Partnerschaften und Allianzen mit Ländern aller Re-

184 gionen und Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-

185 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

186

- 187 • Die EU soll wichtigster Orientierungs- und Hand-
- 188 lungsrahmen für die deutsche Außen- und Sicher-
- 189 heitspolitik werden. Um die rüstungs- und vertei-
- 190 digungspolitischen Ziele der Zeitenwende nachhal-
- 191 tig und politisch tragbar umzusetzen, braucht es ei-
- 192 ne engere Verzahnung der Beschaffungspolitik mit
- 193 den EU-Partnern als bisher. Es gilt, eine gemein-
- 194 same Beschaffungsstrategie so anzugestalten, dass
- 195 Interoperabilität der Rüstungssysteme und Lasten-
- 196 teilung in den Produktions- und Verteidigungskapa-
- 197 zitäten der gesamten EU sichergestellt sind. Hierfür
- 198 benötigt es kurz- und mittelfristig höhere politische
- 199 und finanzielle Investitionen.
- 200 • Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
- 201 auch die zentrale Rolle der NATO, zumal die USA,
- 202 als Garanten für die europäische Sicherheit deut-
- 203 lich gemacht. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir
- 204 die Anhebung der Verteidigungsausgaben durch die
- 205 Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss an die Stelle
- 206 des 2%-Ziels eine mehrjährige, an den wirtschaft-

207 lichen und beschaffungstechnischen Kapazitäten
208 der Mitgliedstaaten orientierte arbeitsteilige Inves-
209 titionsstrategie treten, welche die demokratische
210 Wehrhaftigkeit und Einsatzfähigkeit des Bündnis-
211 ses garantiert und bestehende Lücken schließt.

- 212 • Eine Stärkung der Vereinten Nationen als wichtigstes
213 Gremium der internationalen Verhandlungen
214 und Konfliktlösung kann nur durch ein aktives und
215 kooperatives Verhalten Deutschlands und der EU in-
216 nerhalb der Vereinten Nationen erfolgen. Dazu ge-
217 hört der strategische und am globalen Gemeinwohl
218 orientierte Austausch mit den Staaten des Globa-
219 len Südens, die sich innerhalb der Vereinten Na-
220 tionen zur G77 zusammengeschlossen haben. Ver-
221 trauensbildende Maßnahmen könnten u.a. die akti-
222 ve Beteiligung der EU an den Verhandlungen eines
223 verpflichtenden Abkommens über Wirtschaft und
224 Menschenrechte, Zugang zu Medikamenten und
225 Impfstoffen, Schuldenerlasse sowie der Einsatz für
226 eine Zinsabsenkung in der Kreditvergabe der inter-
227 nationalen Entwicklungsbanken an Staaten des glo-
228 balen Südens sein.
- 229 • Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
230 Russland gegen die in der Schlussakte von Helsinki
231 beschlossenen und durch die Charta von Paris (1990)
232 bekräftigten Prinzipien der OSZE verstoßen. Das Gre-
233 mium kann in Folge der russischen Aggression der-
234 zeit seiner Aufgabe als Dialogforum der paneuropäi-
235 schen Sicherheit nicht ausreichend nachkommen.
236 Mittelfristig - nach einem Rückzug russischer Trup-
237 pen aus den ukrainischen Gebieten - könnte die
238 OSZE in einer signifikant veränderten sicherheitspo-
239 litischen Landschaft abermals ihre Aktivitäten wie-
240 der aufnehmen, vor allem in Bereich des Vertrauens-
241 aufbaus und der Transparenz.
- 242 • Nur wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die
243 Ukraine schloss der Europarat als Organisation für
244 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokra-
245 tie Russland aus den eigenen Reihen aus. Nichtsdes-
246 totrotz soll der Europarat und die Parlamentarische
247 Versammlung des Europarates weiterhin ein Ort für
248 die russische Zivilgesellschaft sein, um die Möglich-
249 keit zu bieten, sich international Gehör zu verschaf-
250 fen und zu vernetzen.
- 251 • Die G7 und G20 müssen als diplomatische Foren
252 gestärkt werden. Hierzu gehören klare Strategi-
253 en und gemeinsame Zielsetzungen mit den nicht-
254 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20, z.B. im Be-
255 reich des Klimawandels, des Schutzes der natürli-
256 chen Lebensgrundlagen oder der globalen Bekämp-
257 fung von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf Scholz
258 im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub als auch die
259 Initiative der G20 einer globalen Mindestbesteue-

260 rung von Unternehmen sollten forciert werden.

261

262 **4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und**
263 **Perspektiven schaffen**

264 Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung
265 muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokrati-
266 schen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit von Not
267 und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen
268 vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur bewir-
269 ken, wenn die Folgen einer solidarischen und verantwor-
270 tungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Klima-
271 entwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind.

272

273 **Unsere Forderungen sind:**

274 • Wir wollen die Selbstverteidigung der Ukraine wirk-
275 sam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Da-
276 von hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem
277 demokratischen Europa und Russland entwickeln
278 wird.

279 • Wir wollen eine Feministische Außenpolitik zur Un-
280 terstützung von Sicherheit, Freiheit, Inklusion und
281 Teilhabe.

282 • Wir wollen offene Gesellschaften, Rechtssicherheit
283 und Meinungsfreiheit global unterstützen. Hierzu
284 gehört die internationale Förderung einer freien
285 Pressearbeit sowie der Kampf gegen die zunehmen-
286 de Verbreitung von Fake News, etwa durch den Aus-
287 bau staatlicher Medienprogramme und einer stär-
288 keren schulischen und außerschulischen Bildungs-
289 arbeit zum Thema internationale Beziehungen.

290 • Wir wollen klare Regelungen für eine gute EU-
291 Migrationspolitik. Kommunen, die Geflüchtete auf-
292 nehmen, sollen finanziell unterstützt werden.

293 • Ursachen und Folgen der Klimakrise stehen unmit-
294 telbar im Zusammenhang mit ökonomischen und
295 sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unter-
296 stützen es, dass westliche Staaten Schwellenlän-
297 dern mit einem hohen Kohleanteil bei der Strom-
298 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Viet-
299 nam, durch “Energiewende-Partnerschaften” finan-
300 ziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien um-
301 zusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit
302 weiteren Staaten einzugehen. Die eingesetzten öf-
303 fentlichen Gelder dürfen nicht zu einer weiteren
304 Verschuldung der Länder führen und müssen als He-
305 bel für die Mobilisierung von privaten Investitionen
306 genutzt werden. Wir wollen einen stärkeren finanzia-
307 ellen Einsatz für den Lastenausgleich bei den Klima-
308 veränderungen und eine Stärkung der internationa-
309 len Katastrophenhilfe. Deutschland muss seinen ge-
310 rechten Anteil an den versprochenen 100 Milliarden
311 leisten, die jedes Jahr Ländern im globalen Süden
312 zur Verfügung gestellt werden sollen, um Maßnah-

- 313 men zum Klimaschutz und zur Anpassung an den
314 Klimawandel zu finanzieren.
- 315 • Eindeutige politische Unterstützung der Protestbe-
316 wegung im Iran gegen die Regierung in ihrem mu-
317 tigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
318 politische Unterstützung sollte auch konkrete Maß-
319 nahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verant-
320 wortlicher einschließen.
 - 321 • Politische Unterstützung aller Maßnahmen der
322 Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen
323 Fortbestand und die selbstbestimmte demokrati-
324 sche Weiterentwicklung Taiwans verfolgen.
 - 325 • Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit China sind ein-
326 seitige deutsche und europäische Abhängigkeiten
327 bei wichtigen Rohstoffen, Vorprodukten etc. zu re-
328 duzieren. Solchen Abhängigkeiten, die unsere politi-
329 schen Spielräume beispielsweise in Bezug auf Men-
330 schenrechte entscheidend einengen, ist durch Di-
331 versifizierung u.a. in der Rohstoff- und Industriepo-
332 litik zu begegnen, auch wenn dies zu Mehrkosten
333 führt.
 - 334 • Auch und gerade angesichts der jüngsten Regie-
335 rungsbildung in Israel gelten für uns weiterhin die
336 Sätze aus unserem Grundsatzprogramm von 2007:
337 “Deutschland hat eine besondere Verantwortung
338 für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen enga-
339 gieren wir uns für einen umfassenden Frieden im
340 Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Ver-
341 träge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des
342 palästinensischen Volkes und die Schaffung eines
343 lebensfähigen palästinensischen Staates ein.”

344

345 **5. Ausblick**

346 Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
347 muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in
348 eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des
349 stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das
350 seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsent-
351 scheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Si-
352 cherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesre-
353 gierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt
354 auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich
355 der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
356 herer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Ge-
357 füge einer nationalen, europäischen und globalen Sicher-
358 heitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu über-
359 nehmen.